

- i Editorial:
Warum die aktuelle Integrationsdebatte
zu kurz greift**
- i Laufzeitverlängerung ist
energiepolitisch sinnvoll**
- i Schließung von Kasernen hat
nur geringe regionale Effekte**
- i Aus den Ruhrgebiets-Universitäten:
dynaklim – Institutionenökonomische
Forschung zum Klimawandel**

Warum die aktuelle Integrationsdebatte zu kurz greift



Statistische Datensätze und Methoden können viel erklären. Falsch angewendet können sie aber auch viel Unheil anrichten. Ein Beispiel hierfür ist die derzeit heftig geführte Debatte um die Ursachen der unzureichenden Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft.

Weil die Sozialwissenschaften Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge kaum wie in den Naturwissenschaften üblich in Laborexperimenten aufdecken können, werten sie Datensätze mit statistischen Methoden aus. Belastbare Erkenntnisse sind aber nur bei richtiger Anwendung der Verfahren möglich.

Untersucht man die vorhandenen Daten nach ethnischen Gruppen aufgeschlüsselt, ergeben sich beispielsweise für die Variable „höchster Bildungsabschluss“ bei den Erwachsenen große Unterschiede: Männer und Frauen mit türkischem Migrationshintergrund weisen einen deutlich unterdurchschnittlichen Bil-

dungsstand auf, ebenso Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation.

Diese Feststellung ist alarmierend. Offenbar werden im Zuwanderungsland Deutschland nicht alle Neuankömmlinge und deren nachfolgende Generation erfolgreich in Wirtschaft und Gesellschaft integriert.

Ohne weitere Interpretation bietet dieser statistische Befund jedoch keine Erklärung für sein Zustandekommen und somit auch keinen Hinweis auf Lösungen. Folgt man der Fachliteratur, dann liegen einige Erklärungsansätze auf der Hand: So wurden in den 1960er- und 70er-Jahren beispielsweise bewusst geringqualifizierte Arbeitnehmer aus dem südeuropäischen Ausland und der Türkei angeworben. Ihre Integration wurde nicht angestrebt. Mittlerweile weiß man aber, dass vor allem die Sprachfertigkeit wichtig für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg ist. Ein Teil der Verantwortung liegt auch bei den Zuwanderern selbst. Vor allem aber muss das bisher unzureichende Zusammenspiel von Integrationswilligkeit und Aufnahmebereitschaft verbessert werden.

Auch die Integration benötigt also eine Verbindung von Fördern und Fordern. In der aktuellen Debatte werden jedoch häufig die ethnische Zugehörigkeit mit der Leistungsfähigkeit gleichgesetzt. Die Schuldzuweisungen machen zum Teil noch nicht einmal vor der Vererbbarkeit von Integrationsfähigkeit halt.

Dafür liefert die Statistik aber kein Feigenblatt. Denn die ethnische Zugehörigkeit ist in den eingesetzten Modellen nur ein Platzhalter. Zu schließen, dieser sei selbst die Ursache, ist hanebüchen.

Thomas K. Bauer

Laufzeitverlängerung ist energiepolitisch sinnvoll ■

In Deutschland dürfte der Energieverbrauch in den nächsten 20 Jahren um ein Fünftel sinken. Hingegen wird der Strombedarf voraussichtlich steigen, weil immer mehr elektrische Geräte betrieben werden. Bei einer Beibehaltung des Kernenergieausstiegs sind damit höhere Stromimporte und Strompreise verbunden. Die Ausbauziele für erneuerbare Energien werden wohl knapp verfehlt, die von der Bundesregierung vorgesehene Reduzierung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂) aber deutlich übertroffen. Dies sind die zentralen Ergebnisse des Projekts „Energieprognose 2009“, das das IER, das RWI und das ZEW jüngst dem BMWi vorgelegt haben.

Eine Laufzeitverlängerung gibt positive volkswirtschaftliche Impulse und hilft, ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen. So lautet das Fazit der Studie „Die Entwicklung der Energiemärkte bis 2030 – Energieprognose 2009“, die vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER), der Universität Stuttgart, dem RWI und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erstellt wurde. Im Rahmen zweier alternativer Zukunftspfade wurden die Auswirkungen einer möglichen Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf die Energieversorgung untersucht.

Danach wird der Energieverbrauch bis zum Jahr 2030 in allen Sektoren abnehmen. Der Stromverbrauch dürfte sich allerdings deutlich erhöhen, weil immer mehr elektrisch betriebene Geräte eingesetzt werden. Bei einer Beibehaltung des Kernenergieausstiegs muss die Stromnachfrage vermehrt durch Stromimporte gedeckt werden, auch die Strompreise erhöhen sich leicht. Der Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung wird voraussichtlich zwar stark zunehmen, dennoch wird das Ausbauziel von 30% im Jahr 2020 wohl knapp verfehlt. Seine Reduktionszusagen beim Treibhausgasausstoß dürfte Deutschland hingegen deutlich übertreffen: Die Emissionen dürften 2020 um etwa 34% unter dem Wert von 1990 liegen, im Jahr 2030 sogar um rund 44%.

Laufzeitverlängerung senkt Klimaschutzkosten und Energieversorgungsrisiko

Als alternativer Zukunftspfad wird der Einfluss einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke betrachtet. Diese hätte positive energie- und volkswirtschaftliche Effekte. Die Preise für Strom und CO₂-Zertifikate wären geringer als bei einem Kernenergieausstieg, dies hätte positive Impulse für Wertschöpfung, Produktion und Beschäftigung. Auch erweist sich die verlängerte Nutzung der Kernkraftwerke als eine kostengünstige Maßnahme, um Treibhausgasemissionen zu vermeiden. Damit macht eine Laufzeitverlängerung es leichter, ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen. Bei längeren Laufzeiten könnte der CO₂-Ausstoß in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 um 37%, bis 2030 um 49% sinken. Eine Laufzeitverlängerung führt dabei nicht zu einer Reduktion der europaweiten Emissionsmenge, da diese im Rahmen des EU-weiten Emissionshandels festgelegt ist. Hingegen sinken sowohl Nachfrage als auch Preis der Emissionszertifikate, da weit weniger Strom in fossil befeuerten Ersatzkraftwerken auf Kohle- oder Gasbasis erzeugt werden muss. Im Vergleich zum Kernenergieausstieg kommt es zu einer Entlastung bei den Klimaschutz- und Stromkosten, auch die Energieimporte sinken. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt bei einer Verlängerung der Laufzeiten bis 2020 um bis zu 0,6% höher ausfallen als ohne Verlängerung, die Zahl der Arbeitsplätze wäre im Alternativszenario um knapp 200 000 höher.

Die Laufzeitverlängerung trägt zudem zu einer insgesamt höheren Energieversorgungssicherheit bei, da Deutschland weit weniger abhängig von Energieimporten aus politisch unsicheren Gebieten würde.

Ausbau erneuerbarer Energien nicht gefährdet

Der Ausbau erneuerbarer Energien wird entgegen vielfachen Behauptungen durch die Kernenergienutzung nicht beeinträchtigt. Erneuerbare Energien werden nämlich durch eine Vielzahl politischer Maßnahmen gefördert, die von einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke weitgehend unabhängig sind. Deutschland hat ambitionierte Ausbauziele für erneuerbare Energien: bis 2020 sollen 18% des Endenergieverbrauchs aus re-

Aus der Forschung

generativen Quellen kommen, erneuerbare Energien sollen mindestens 30% des Stromverbrauchs decken. Diese Ziele werden voraussichtlich knapp verfehlt. Bis 2020 dürfte sich der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 16% erhöhen, der Anteil regenerativer Stromerzeugung am Stromverbrauch erreicht bis dahin wohl 27%. Wichtigstes Element für die regenerative Stromerzeugung ist der Ausbau der Windenergie – vor allem vor den Küsten.

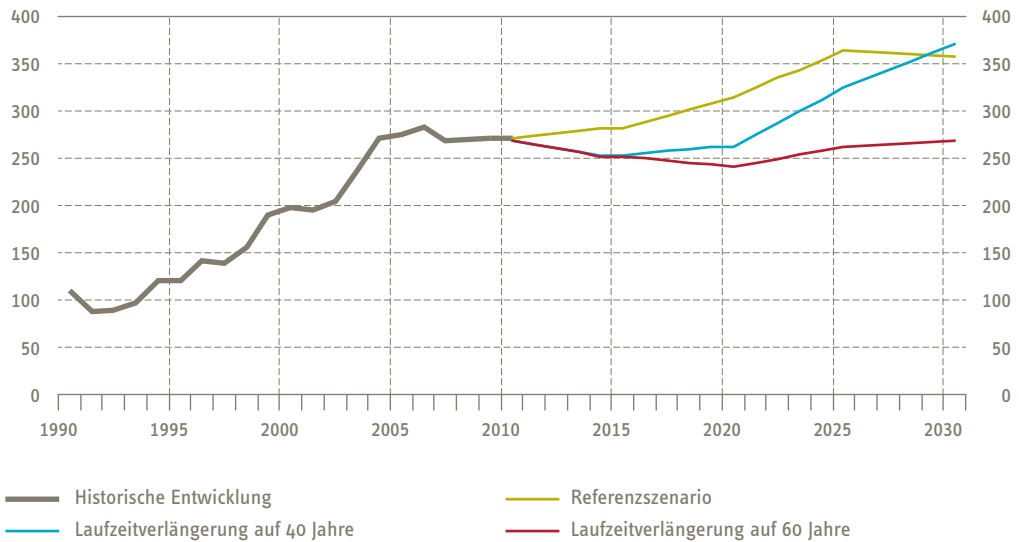
Nicht erreicht wird wohl das nationale Ziel, den Anteil von Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 gegenüber 1990 auf 25% zu verdoppeln, ebenso wenig das Ziel, im gleichen Zeitraum die Energieproduktivität zu ver-

doppeln. Allerdings müsste für Letzteres im Zeitraum zwischen 2005 und 2020 auch die Energieproduktivität jährlich um rund 3% steigen. Dies erscheint angesichts der zwischen 1990 und 2008 erreichten Steigerung um jährlich lediglich 1,8% sehr ambitioniert.

Die vollständige Studie kann auf den Homepages der beteiligten Institute heruntergeladen werden.

Informationen: frondel@rwi-essen.de.

Energieversorgungsrisiko Deutschlands in verschiedenen Szenarien (1980 = 100)¹



¹ Sämtliche Werte beziehen sich auf das Energieversorgungsrisiko Deutschlands im Vergleich zum Jahr 1980, das auf 100 gesetzt wurde.

Schließung von Kasernen hat nur geringe regionale Effekte

Immer wenn es um die Schließung einer Kaserne geht, wird als Gegenargument der wirtschaftliche Niedergang der lokalen Wirtschaft ins Feld geführt. Das stimmt jedoch nur begrenzt. Vielmehr haben die Schließung von Kasernen und der Personalabbau bei der Bundeswehr allenfalls geringe wirtschaftliche Auswirkungen auf die Umgebung der Standorte. Nach den Ergebnissen einer aktuellen RWI-Studie verbuchen Kommunen, in denen Militärbasen verkleinert oder geschlossen werden, so gut wie keine Einbrüche bei Wirtschaftsleistung, privaten Einkommen, Beschäftigung und Steueraufkommen.

Wann immer die Schließung einer Kaserne zur Debatte steht, wehren sich die Gegner mit dem gleichen Argument: Dies schade der lokalen Wirtschaft. Der Standort sei eng mit ihr verflochten und trage zu wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität bei. Für die Vereinigten Staaten kann ein derartiger Zusammenhang in der Tat teilweise nachgewiesen werden. Wie sieht es aber für Deutschland aus? Und wie sollte die Politik bei der Schließung von Standorten vorgehen, um die negativen wirtschaftlichen Folgen für eine Kommune möglichst gering zu halten?

Diesen Fragen widmet sich eine aktuelle RWI-Studie. Ihr Fazit: Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Umgebung der Standorte sind weniger gravierend als vielfach befürchtet. Kommunen, in denen Militärbasen im Zuge der Modernisierung der Bundeswehr seit 2003 verkleinert oder geschlossen wurden, erlitten auf längere Frist gesehen so gut wie keine Einbrüche bei Wirtschaftsleistung, privaten Einkommen, Beschäftigung und Steueraufkommen.

Geringe ökonomische Verflechtung der Standorte

Diese geringen negativen Effekte sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. So sind militärische Standorte in Deutschland wesentlich kleiner als etwa in den Vereinigten Staaten und auch kleiner als amerikanische und andere alliierte Basen in Deutschland. Im Gegensatz dazu waren am größten geschlossenen Standort der hier verwendeten Stichprobe nur etwa 2000 Personen stationiert, was gerade einmal 1,5% der Einwohner der Gemeinde entspricht. Die negativen Effekte, die etwa für Schließungen in den USA berichtet werden, beziehen sich hingegen immer auf große Einheiten und Standorte.

Darüber hinaus sind die deutschen Standorte relativ autonom und nur wenig mit der lokalen Wirtschaft verflochten. Zwar bezieht die Bundeswehr frische Lebensmittel aus der näheren Umgebung. Die Versorgung mit haltbaren Lebensmitteln und langlebigen Gütern erfolgt jedoch zentralisiert, ebenso die Verrichtung größerer Bau- und Erhaltungsaufträge. Auf dem Gelände ehemaliger Kasernen werden vielfach zivile Projekte aufgebaut, die oft mit hohen Investitionen verbunden sind. Dadurch wird neue Beschäftigung ermöglicht, und Einkommen und Steuereinnahmen der Gemeinden steigen.

Studie arbeitet mit individuell bestimmten Einzugsbereichen

Grundlage der Analyse waren Daten von etwa 300 betroffenen Gemeinden mit Bundeswehrstandorten. Als Kontrollgruppe dienten Kommunen, in denen keine Standorte geschlossen wurden. Um den ökonomischen Einzugsbereich der Kasernen einzugrenzen, wurde anstelle der Benutzung einfacher Kreis- und Gemeindegrenzen ein Geographisches Informationssystem genutzt um einen bestimmten Radius um die Kaserne zu identifizieren. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass eine Standortschließung in der Nähe einer Großstadt andere Auswirkungen haben dürfte als in einer abgelegenen ländlichen Gemeinde und

Aus der Forschung

das Auswirkungen von Standortschließungen auch über Kreisgrenzen hinweg auftreten können.

Die diesem Artikel zugrunde liegende Studie wird demnächst in der Fachzeitschrift „Defence and Peace Economics“ veröffentlicht und ist auch als Ruhr Economic Paper #181 „The Regional Economic Effects of Military Base

Realignments and Closures in Germany“ erschienen. Sie ist unter www.rwi-essen.de/rep als pdf-Datei erhältlich.

Informationen: vance@rwi-essen.de,

vorell@rwi-essen.de

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Aus der Ruhr-Universität Bochum

dynaklim – Institutionen-ökonomische Forschung zum Klimawandel

Der Lehrstuhl Wirtschaftspolitik III an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) sowie das Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik (RUFIS) haben 2010 ein mehrjähriges Forschungsprojekt im Rahmen von dynaklim (= dynamische Anpassung an den Klimawandel) aufgenommen. Dabei handelt es sich um eine Untersuchung, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Schwerpunktes „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ (KLIMZUG) gemeinsam mit Akteuren aus der Emscher-Lippe-Region in Angriff genommen wird. Es geht darum, Instrumente und Rahmenbedingungen für eine vorausschauende, pro-aktive Anpassung der Emscher-Lippe-Region an die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt zu entwickeln. Ausgangspunkt sind die beobachtbaren Defizite in Hinblick auf eine Anpassungsstrategie bei den Aufgaben- und Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden und Politik. Ziel ist es, einerseits Grundzüge einer Anpassungsstrategie zu entwickeln

und dabei andererseits ein regionales Netzwerk zu entwickeln, das es der Region erlaubt, flexibel und angemessen zu reagieren.

Das Forschungsprojekt wird vom Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen (FiW) e.V. koordiniert und neben der RWTH Aachen, der TU Dortmund und der Universität Duisburg-Essen sind zahlreiche weitere Forschungseinrichtungen aus NRW beteiligt. In der Emscher-Lippe-Region wird voraussichtlich die durchschnittliche Jahrestemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts zwischen +2°C und +3,5°C zunehmen. In Folge dieses Klimawandels wird auch für die Emscher-Lippe-Region davon ausgegangen, dass Starkregenereignisse und Hochwasser, Stürme, forcierte Wassernutzungskonkurrenz und eine Reihe weiterer negativer Effekte auftreten werden. Vor diesem Hintergrund werden gravierende Rückwirkungen auf den regionalen Wasserhaushalt und auf die Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Entwicklung erwartet.

Im Rahmen des interdisziplinär angelegten Projektes beschäftigen sich der Lehrstuhl Wirtschaftspolitik III und das RUFIS mit institutionenökonomischen Problemen bei der Anpassung an den Klimawandel. Im Einzelnen wird wie folgt gearbeitet:

☐ In Mehrebenen-Politiksystemen können Verantwortung, Kompetenz und Handlungsspielräume auf unterschiedliche Akteure zwischen den Polen „zentral“ und „dezentral“ platziert werden. Vor dem Hintergrund des geographischen Zuschnitts der Emscher-Lippe-Region als Untersuchungsraum wird es vor allem darum gehen zu klären, welche Verantwortung, Kompetenzen und Spielräume auf dezentraler bzw. regionaler und

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

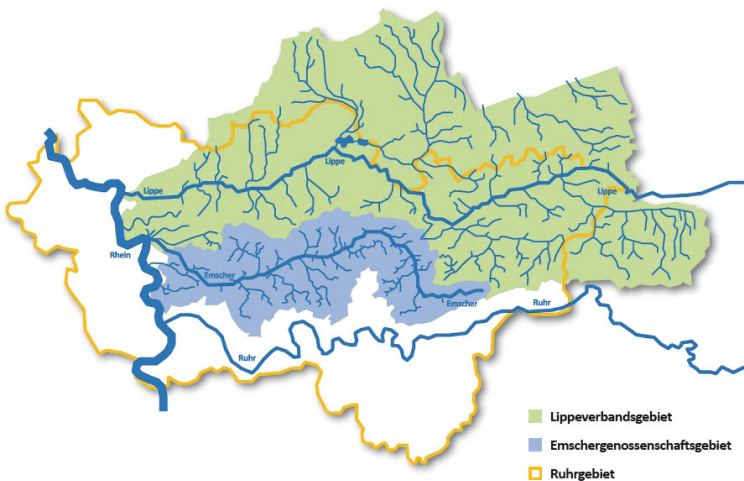
lokaler Ebene existieren. D.h. in einem ersten Schritt wird eine Bestandserhebung der für Klimaanpassung relevanten institutionellen Strukturen durchgeführt. Dies betrifft vor allem die Felder Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie Infrastruktur.

☐ Die empirisch beobachtbaren Strukturen werden in einem zweiten Schritt normativ in Hinblick auf deren Eigenschaften bewertet, wobei methodisch auf der Basis der ökonomischen Theorie des Föderalismus argumentiert wird. Vor diesem Hintergrund wird eine Struktur dann als effizient bezeichnet, wenn die Anpassung an den Klimaschutz auf einer gesamtwirtschaftlichen Bilanzierung des (privaten und sozialen) Nutzens sowie der (privaten und sozialen) Kosten basiert und Anreize existieren, den Nettonutzen bei der Klimaanpassung zu optimieren. Dazu ist für die o.g. Felder zu prüfen, welche geographische Dimension Kosten und Nutzen

der Anpassung besitzen, wie Governance und Government strukturiert sein sollten, damit deren Nutzen und Kosten von verantwortlichen Akteuren wahrgenommen werden. Und schließlich ist zu klären, welche Anpassungsprozesse in der Emscher-Lippe-Region durch institutionelle Regeln heute noch behindert werden. Abschließend werden in einem dritten Schritt Verbesserungsvorschläge entwickelt, die Impulse in Richtung auf effiziente Anpassung setzen.

☐ Vor dem Hintergrund des interdisziplinären Projektansatzes sowie vor dem Hintergrund der Einbindung der relevanten Akteure, wie etwa den Wasserverbänden und Kommunen, hoffen wir, mit den erarbeiteten Vorschlägen am Ende auch praktisch etwas zu bewirken.

Informationen: Helmut.Karl@ruhr-uni-bochum.de,
www.dynaklim.de



Termine

Eingeworbene Forschungsaufträge

Depressionsstudie.

Auftraggeber: Allianz AG.

Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky.

Laufzeit: 7 Monate

Effizienz von Krankenhäusern in Deutschland im Zeitvergleich.

Auftraggeber: Verband der Ersatzkassen e.V.

Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky.

Laufzeit: 2 Monate

Termine

RWI bei Jahrestagungen von EEA und VfS

Auch in diesem Jahr war das RWI wieder als Aussteller bei den Jahrestagungen der European Economic Association (EEA) und des Vereins für Socialpolitik (VfS) vertreten. Während die EEA vom 23. bis 26. August 2010 an der Universität im schottischen Glasgow tagte, hielt der Verein für Socialpolitik seine Konferenz vom 7. bis 10. September 2010 an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ab. An seinem Stand informierte das RWI bei beiden Tagungen über seine neuesten wissenschaftlichen Publikationen und die Angebote der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Darüber hinaus diente der Stand einmal mehr als Treffpunkt für die zahlreich bei beiden Konferenzen vertretenen RWI-Wissenschaftler.



Call for Papers: 4th RGS Doctoral Conference in Economics

Noch bis zum 30. November 2010 können wissenschaftliche Papiere für die „4th RGS Doctoral Conference in Economics“ eingereicht werden. Sie findet vom 21. bis 23. Februar 2011 an der TU Dortmund statt und gibt Nachwuchswissenschaftlern die Gelegenheit zum internationalen Austausch über ihre Forschungsprojekte.

Noch bis zum 30. November 2010 können Doktoranden der Wirtschaftswissenschaften ihre wissenschaftlichen

Papiere zur Teilnahme an der „4th Doctoral Conference in Economics“ der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ) einreichen. Die Konferenz findet vom 21. bis 23. Februar 2011 an der TU Dortmund statt. Ziel ist es, den wissenschaftlichen Austausch von jungen Wirtschaftswissenschaftlern auf internationalem Niveau zu fördern. Im Rahmen der Veranstaltung treffen die Doktoranden europäischer Universitäten auf erfahrene Wirtschaftswissenschaftler.

Eingereicht werden können Forschungspapiere mit empirischem und theoretischem Hintergrund aus allen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsgebieten, unter anderem Mikro- und Makroökonomie, Finanzmärkte, Arbeitsmarktentwicklung, Konjunktur und Wachstum, Gesundheits- und Pflegeökonomik sowie Migration und Bildung. Ob ein Papier zur Teilnahme an der Konferenz zugelassen wird, entscheidet eine wissenschaftliche Kommission, bestehend aus Dozenten der RGS Econ. Einreichungsfrist ist der 30. November. Für die Teilnahme an der Konferenz fällt keine Teilnahmegebühr an. Für den besten Nachwuchswissenschaftler ist ein „Best Paper Award“ in Höhe von 500 Euro ausgelobt.

Weitere Details zur „4th RGS Doctoral Conference in Economics“, insbesondere auch zur Einreichung der Papiere, gibt es im Internet unter <http://www.rgs-econ.org>

Informationen: vivien.procher@rwi-essen.de

Mikroökometrie für Graduierte

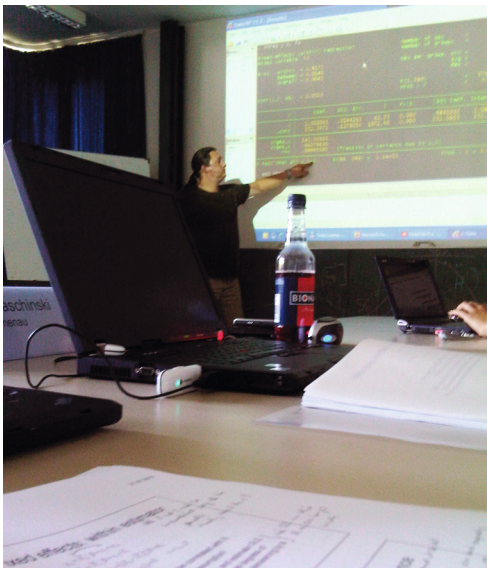
Das *Düsseldorf Institute for Competition Economics* (DICE) veranstaltete vom 15. bis 21. Juli 2010 in Kooperation mit der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ) ein Seminar in fortgeschrittener Mikroökometrie. Unter den Teilnehmern befanden sich drei RGS- und drei RWI-Doktoranden.

Der Kurs befasste sich mit der Umsetzung einiger gängiger mikroökometrischer Schätzverfahren. Vorrangig ging es um IV-, Binomial und Ordinal Logit-Ansätze sowie Panel-, Tobit- und Selection-Modelle, außerdem Bootstrapping und Monte-Carlo-Simulationen. Parallel zu den bereits implementierten Stata-Routinen zeigte Prof. Czarnitzki deren Programmierung per Hand und

demonstrierte den Einfluss fehlspezifizierter Modelle auf den Erwartungswert der Schätzer. In den Assignments konnten die Techniken von den Seminarteilnehmern selbst angewandt und weiter vertieft werden.

Trotz des relativ weiten Themenspektrums war die Veranstaltung sehr übersichtlich strukturiert. Prof. Czarnitzki gelang es, die Jungwissenschaftler mit seiner Begeisterung für das Spiel mit statistischen Annahmen anzustecken. Der Schwerpunkt lag mal mehr auf den Grundlagen, mal mehr auf den fortgeschrittenen Themen. Insgesamt bot der Kurs eine ausgesprochen gute synchronisierte Mischung aus theoretischer Vorlesung und angewandter Stata-Übung. Die bereitgestellten Folien und Dateien können auch in künftigen Anwendungen von Nutzen sein.

Informationen: saskia.schmidt@rwi-essen.de



*Vorlesung und Übung in einem:
Das Seminar für Mikroökometrie von Prof. Czarnitzki*

Termine

Gastvorlesungen zu ACE-Modeling für RWI und RGS

Agent Based Computational Economic (ACE) Modeling lautete das Thema von vier Gastvorlesungen von Prof. Sheri Markose von der University of Essex an der Ruhr Universität Bochum (RUB), an der auch zwei Mitarbeiter des RWI und vier Doktoranden der RGS Econ teilnahmen.

Prof. Markose war auf Einladung von Prof. Dr. Michael Roos von der RUB nach Bochum gekommen, um den Teilnehmern ACE Modeling als Alternative zu konventionellen Ansätzen der ökonomischen Analyse vorzustellen. Er zeigte auf, welche Schwächen aktuelle makro-ökonomische Modelle haben, wenn Marktteilnehmer innovieren und warum die Verwendung von ACE-Modellen in solchen Fällen sinnvoll sein kann.

Neben theoretischen Grundlagen vermittelte Prof. Markose auch praktisches Know-How im Computerlabor: Den Teilnehmern wurden unter anderem ACE Kapitalmarktmodelle für so genanntes „Herding-Verhalten“ und „Guru-Effekte“ sowie Modelle für Finanznetzwerke zur Untersuchung von „Contagion-Effekten“ vorgestellt.

Publikationen

Ruhr Economic Papers

Download unter www.rwi-essen.de/rep.

Die Angaben in Klammern hinter den Autorennamen bezeichnen die universitäre/institutionelle Zugehörigkeit der Autoren

(194) Belke, A. (UDE)

Driven by the Markets? ECB Sovereign Bond Purchases and the Securities Markets Programme

(195) Bauer, T. K. und M. Vorell (RWI, RUB)

External Effects of Education: Human Capital Spillovers in Regions and Firms

(196) Klabunde, A. und E. Korn (RUB)

Parasites and Raven Mothers: A German-Japanese Comparison on (Lone) Motherhood

(197) Görlitz, K. (RWI)

Continuous Training and Wages – An Empirical Analysis Using a Comparison-group Approach

(198) Augurzky, B. und H. Schmitz (RWI)

Is there a Future for Small Hospitals in Germany?

(199) Bohnstedt, A. und C. Schwarz (UDE)

Strategic Technology Investments in Open Economies

(200) Bredtmann, J. (RWI, RUB)

The Intra-household Division of Labor – An Empirical Analysis of Spousal Influences on Individual Time Allocation

(201) Döhrn, R. und C. M. Schmidt (RWI, RUB)

Information or Institution? – On the Determinants of Forecast Accuracy

(202) Braun, C. (RGS, TUD)

Taxing Human Capital: A Good Idea

(203) Keese, M., A. Meng und R. Schnabel (RGS, UDE)

Are You Well Prepared for Long-term Care? – Assessing Financial Gaps in Private German Care Provision

(204) Reinkowski, J., B. Alecke, T. Mitze und G. Untiedt (RWI, RUB)

Effectiveness of Public R&D Subsidies in East Germany – Is it a Matter of Firm Size?

(205) Mitze, T. (RWI, RUB)

Network Dependency in Migration Flows – A Space-time Analysis for Germany since Reunification

(206) Paloyo, A. (RWI, RUB, RGS)

Compulsory Military Service in Germany Revisited

(207) Belke, A. (UDE)

The Euro Area Crisis Management Framework – Consequences and Institutional Follow-ups

(208) Schmidt, T. und S. Vosen (RWI)

A monthly consumption indicator for Germany based on internet search query data

(209) Frondel, M. und C. Vance (RWI, RUB)

Rarely Enjoyed? – A Count Data Analysis of Ridership

(210) Braun, C. (RGS, TUD)

Optimal Taxation of Education with an Initial Endowment of Human Capital

RWI Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/

(60) Bensch, G. und J. Peters

Socio-economic Impacts of Rural Electrification in Rwanda – An Ex-ante Assessment of GTZ Activities

Diese Baseline-Studie porträtiert die von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Ruanda durchgeführte Elektrifizierungsmaßnahme „PSP Hydro“ und stellt umfassend die sozio-ökonomischen Bedingungen in der Projektregion vor Beginn der Intervention dar. Die erhobenen Daten dienen dem Zweck einer späteren Ex-post-Wirkungsevaluierung

dieser Maßnahme, die auf die Beteiligung der Privatwirtschaft bei der Kleinwasserkraftnutzung zur ländlichen Entwicklung abzielt und im Rahmen der Deutsch-Niederländischen Partnerschaft Energising Development (EnDev) stattfindet. Aufgrund der Bedeutung, die EnDev der Ermittlung der Anzahl direkter Nutznießer ihrer Maßnahmen beimisst, untersucht der Bericht im Besonderen die zu erwartende Anzahl an Personen, die dank des Projektes Zugang zu moderner Energie erlangt haben werden. Hierzu wurden unter anderem Berechnungsansätze weiterentwickelt, die auch die Elektrifizierung von Kleinunternehmen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser mit einbeziehen.

(61) Bender, S., M. Fertig, K. Görlitz, M. Huber, S. Hummelsheim, P. Knerr, A. Schmucker und H. Schröder

WeLL – Berufliche Weiterbildung als Bestandteil Lebenslangen Lernens – Bisherige Arbeiten und Perspektiven

Der Bericht fasst die Aktivitäten des Projektteams während der dreijährigen Laufzeit von 2007 bis 2009 des Projekts WeLL („Berufliche Weiterbildung als Bestandteil Lebenslangen Lernens“) zusammen. Insbesondere werden die im Rahmen des Projekts erhobenen Daten und deren Nutzungsmöglichkeiten für interessierte Wissenschaftler beschrieben. Darüber hinaus werden die bisher erschienenen Publikationen vorgestellt, und es wird ein Ausblick auf zukünftig geplante Aktivitäten gegeben.

(62) Döhrn, R.

Konjunkturprognosen in bewegten Zeiten: Die Kunst des Unmöglichen?

Dieses Heft der RWI Materialien enthält die überarbeitete und erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung anlässlich der Ernennung von RWI-Konjunkturchef Dr. Roland Döhrn zum Honorarprofessor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Es ist in vier Kapitel unterteilt:

Publikationen

- ❏ Das Wissen über die Zukunft oder: Können wir überhaupt prognostizieren?
- ❏ Die empirischen Grundlagen oder: Von schwankendem Boden auf bewegliche Ziele schießen
- ❏ Ist die konjunkturelle Wende erreicht? oder: Jeder Zyklus ist anders,
- ❏ Was können wir aus Prognosefehlern lernen? oder: Mehr Licht.

RWI Positionen

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen/

(37) Augurzky, B.

Die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung – Ein Kommentar zum Gesetzentwurf zum GKV-FinG. 21. September 2010

Für die schwarz-gelbe Regierungskoalition stand im ersten Regierungsjahr 2010 eine Gesundheitsreform weit oben auf der Agenda. Ihr Hauptziel sollte darin bestehen, durch die Einführung einer Gesundheitsprämie mit Sozialausgleich eine grundlegende Finanzierungsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu erreichen. Gleichzeitig steht die Politik vor der konkreten Herausforderung, eine für das kommende Jahr in der GKV befürchtete Finanzierungslücke in Höhe von 11 Mrd. € zu schließen. Vor diesem Hintergrund diskutiert diese RWI-Position den Gesetzentwurf zum GKV-Finanzierungsgesetz (GKV-FinG, in der Fassung vom 25.8.2010).

Insgesamt geht das GKV-FinG den richtigen Weg, weil künftig Ausgabenzuwächse über Zusatzprämien in Verbindung mit einem Sozialausgleich finanziert werden sollen (vgl. auch Richter 2010). Allerdings soll der Sozialausgleich zunächst nur an das beitragspflichtige Einkommen (BPE) und nicht wie im Steuersystem, was sozial gerechter wäre, an die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines GKV-Mitglieds gekoppelt werden.

Hinsichtlich der Ausgabenseite soll vor allem das Preiswachstum von Gesundheitsleistungen in den Jahren 2011 und 2012 beschränkt werden. Notwendige Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz in der Leistungserbringung sind hingegen nicht vorgesehen. Auch scheinen die vorgesehenen Kostendämpfungsmaßnahmen nicht ausgewogen über alle Leistungserbringer verteilt zu sein. Im aktuellen Gesetzentwurf sind die Krankenhäuser unverhältnismäßig stark betroffen. Auf Seiten der Leistungserbringer besteht daher im Gesetzentwurf zum GKV-FinG noch Handlungsbedarf.

(38) Augurzky, B. und S. Felder, S. Krolop, C. M. Schmidt und J. Wasem

Ein gesundheitspolitisches Reformprogramm. 24. September 2010

In dieser RWI Position wird ein umfassendes gesundheitspolitisches Reformprogramm vorgeschlagen, das sich an den Zielen der sozialen Gerechtigkeit und der ökonomischen Effizienz orientiert. Es nimmt dabei beide Seiten des Marktes in den Blick – sowohl die von der Finanzierung bestimmte Nachfrage, als auch das durch die einzelnen Leistungserbringer geprägte Angebot. Auf Seiten der Finanzierung plädieren wir langfristig für ein vereinheitlichtes System, in eine solidarisch finanzierte Grundsicherung mit einem klar definierten Leistungskatalog verpflichtend ist und darüber hinaus Zusatzversicherungen für Wahlleistungen abgeschlossen werden können. Wir präsentieren in einer modularen Konzeption konkrete Schritte für die kurze und mittlere Frist, die für sich genommen bereits eine Verbesserung gegenüber dem Status quo darstellen und zugleich eine Annäherung an dieses Ideal bewirken. Auf Seiten der Leistungserbringung sind die Stärkung des Wettbewerbs, die Verankerung von Kosten-Nutzen-Bewertungen sowie die Überwindung von Sektorengrenzen von besonderer Bedeutung.

RWI erhält Zertifikat des „audit berufundfamilie“ ■

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen hat das „audit berufundfamilie“ bestanden. Als Zertifikatsträger bekennt sich das Institut dazu, seine bereits bestehenden familienfreundlichen Maßnahmen künftig noch transparenter und sichtbarer zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu unterstützen. Ziel der Auditierung ist es, zum einen die Bindung und Motivation der rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen. Zum anderen möchte das RWI damit seine Position im Wettbewerb um hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verbessern.

Informationen: weiler@rwi-essen.de



Betriebsausflug nach Essen-Werden

Getreu dem Motto „Warum in die Ferne schweifen...“ führte der diesjährige RWI-Betriebsausflug am 16. September in den Essener Süden. Dort hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunächst am Vormittag Gelegenheit, an einer Stadtführung durch das an der Ruhr gelegene Essen-Werden oder einer Führung



durch die dortige Basilika teilzunehmen. Vor dem Mittagessen trafen sich die Teilnehmer der verschiedenen Führungen zu einem kurzen Orgelkonzert in der Basilika, bevor es zum gemeinsamen Mittagessen ins Restaurant „Hügeloss“ am Baldeneysee ging. Frisch gestärkt gab es danach entweder die Möglichkeit, rund 10 km durch das Wolfsbachtal von Essen-Werden nach Essen-Kettwig zu wandern oder sich beim Bowling-spielen sportlich zu betätigen.

„Was macht eigentlich ...“



... Christoph Hanck

Christoph Hanck gehörte 2004 zum ersten Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Bereits nach zweieinhalb Jahren promovierte er am Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik der TU Dortmund und war damit der erste RGS-

Absolvent. Zuvor studierte er in Münster, Hagen und Calgary (Kanada) Wirtschaftswissenschaften und war Stipendiat der „Studienstiftung des deutschen Volkes“. Nach Abschluss seiner Promotion war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Dortmund tätig. Seit August 2009 ist er Assistant Professor an der Universität Groningen (NL).

1.) Was haben Sie während Ihrer Zeit an der RGS Econ für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Jede Menge! Ich arbeite nun in der Ökonometrie und benutze daher logischerweise vieles was ich an der RGS und während meiner Promotion gelernt habe. Beispielsweise durfte ich an der RGS für Herrn Schmidt und Herrn Bauer meine ersten Übungen anbieten und konnte so Erfahrungen machen, was in der Lehre funktioniert und was eher nicht.

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit dort noch am deutlichsten in Erinnerung?

Die intensive Zeit mit den anderen Doktoranden. Einerseits gab es gelegentlich auch mal Reibereien, vor allem aber erinnere ich mich an einige denkwürdige Abende. Außerdem haben wir uns, wie ich finde, in der Vorbereitung auf die Klausuren stets sehr gut gegenseitig unterstützt. Spannend war auch, dass wir die erste Kohorte waren, und daher vieles für alle Beteiligten noch neu war. Mit Jan Brenner habe ich an der RGS einen Freund gewonnen, dem es zu der Zeit noch gut ging, so

dass ich aus der Zeit sehr schöne Erinnerungen an ihn habe (Anm. d. Red.: Jan Brenner gehörte ebenfalls zur ersten RGS-Kohorte und ist im Juli 2009 nach längerer Krankheit verstorben).

3.) Wie können Sie das, was Sie während Ihrer Ausbildung an der RGS Econ gelernt haben, in ihrer jetzigen Tätigkeit einsetzen?

Die RGS hat mir viel vermittelt, was man an der Uni so braucht: beispielsweise Papiere so zu schreiben, dass andere sie (hoffentlich) interessant finden, Papiere so zu lesen, dass man das Wichtige versteht, zu programmieren, Vorträge zu halten, über Forschung zu diskutieren – kurz: die „Spielregeln“ in der universitären Welt.

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Graduate Schools zukommen wird?

Die, die ich kenne, scheinen mir auf einem guten Weg zu sein! Da in Deutschland – anders als in vielen anderen Ländern – die Promotion nicht nur der Vorbereitung auf eine akademische Karriere dient, frage ich mich, ob sich deutsche Graduate Schools irgendwann einmal spezialisieren werden, um entweder auf eine akademische Laufbahn oder eine Laufbahn in etwa der Politikberatung vorzubereiten. Ich frage mich auch, ob die Graduate Schools nicht enger mit den klassischen Promotionen verzahnt werden sollten, so dass jeder Promovend Vorlesungen auf Doktorandenniveau folgen kann.

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

MSV Duisburg deutscher Meister, wer hätte das gedacht?



Seit dem 15. April ist **Maximiliane Sievert** als Wissenschaftlerin im Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ tätig und arbeitet in verschiedenen Forschungsvorhaben zur Evaluierung von Entwicklungsprojekten zur Verbesserung des Zugangs zu moderner Energie. Sie absolvierte ein interdisziplinäres Studium der Volkswirtschaftslehre, Romanischen Philologie und Geschichtswissenschaft (Diplom Regionalwissenschaften Lateinamerika) mit Schwerpunkt Energiewirtschaftslehre an der Universität zu Köln und der Pontificia Universidad Católica, Santiago de Chile.

Von April 2009 bis März 2010 arbeitete sie als Junior Consultant bei der ecoprog GmbH, einem auf dem Markt für Energie- und Umwelttechnik spezialisierten Beratungsunternehmen.



RWI News Nr. 4/2010 (Oktober)

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Tel.: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Layout: Julica Bracht, Daniela Schwindt, Benedict Zinke

Fotos: Julica Bracht, Annika Herr, Sabine Weiler

ISSN 1612-3581